

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen
SPD, Bündnis 90 / Die Grünen / FDP
Fraktionen im Rat der Stadt Sankt Augustin

Ihr/e Gesprächspartner/in:
Marc Knülle
Stefanie Jung
Martin Metz

Verteiler: Vorsitzende(r), I, III, IV, BRB, FDP, GRÜNE, FB 0, SD

Federführung: Dez. I

Termin f. Stellungnahme:

erledigt am: 05.04.2017/BG

Antrag

Datum: 05.04.2017

Drucksachen-Nr.: 17/0139

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	5.04.2017	öffentlich / Entscheidung

Stellenbewertung/Stellenplan/Stellenbesetzung

Hier Drucksache 17/0086, sowie das den Fraktionen vorgelegte Papier der neuen Organisationsstruktur im Dezernat I, indem die Verwaltung beabsichtigt, für das neue Hauptamt drei Fachdienste einzurichten.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, welche Vor- und Nachteile entstehen, wenn statt drei Fachdiensten, das Vorhaben mit nur zwei Fachdiensten eingerichtet werden würde.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die genauen Aufgaben des neuen Fachdienstes inklusive der Leitungstätigkeit detailliert darzulegen.
- 3 Die Verwaltung wird beauftragt, nach Festlegung der Aufgabenbereiche entsprechende jeweilige Stellenbeschreibungen vorzulegen. Grundsätzlich soll erst nach Zuordnung der Aufgaben entschieden werden, ob für die Aufgabenerledigung eine Stelle im höheren Dienst oder im gehobenen Dienst erforderlich ist. Sodann soll die Verwaltung die Stellen mit entsprechender Besoldungsgruppe anhand der Stellenbeschreibung zur Beschlussfassung für den Stellenplan vorlegen.

4. Die Verwaltung prüft, ob für die Fachbereichsleitung im Stellenplan nicht eine Stelle mit A15 beibehalten werden sollte.

Begründung:

Da in anderen Bereichen der Verwaltung mit deutlich mehr Personen ausgestattete Fachdienste existieren, stellt sich die Frage, ob nicht zwei Fachdienste zusammengefasst werden können. Die beschriebenen künftigen Aufgabenbereiche der Leitungstätigkeiten der geplanten Fachdienste Personal und Organisation sind thematisch verbunden und könnten in einem Fachdienst effizienter bearbeitet werden.

Das von der Verwaltung den Fraktionen vorlegte Papier mit den geplanten Vergütungen entspricht nicht den Vorgaben der KGSt und die dazu von der Verwaltung gelieferte Erläuterung erscheint insgesamt nicht schlüssig. Es ist erforderlich, zunächst die Aufgaben zu definieren, dann die Stellen zu bewerten und dann im Stellenplan abzubilden.

gez. Marc Knülle

gez. Stefanie Jung

gez. Martin Metz